

**PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE
AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL**

Ludwig M. Eichinger

**Be Ambiguous, wider ein naives kommunikatives
Modell für die Übersetzung von Vertrags-
und Gesetzestexten**

Estratto da - Auszug aus

Atti del Convegno Internazionale «Tradurre: teoria ed esperienze»

Bolzano 27/2 28/2 1/3 1986 Bozen

Educazione Bilingue - Vol. XIV - 1987 - Zweisprachige Bildung

Be Ambiguous, wider ein naives kommunikatives Modell für die Übersetzung von Vertrags- und Gesetzestexten

LUDWIG M. EICHINGER - BAYREUTH

1. Die richtige Übersetzung

Traditionell spielt bei der Diskussion um die korrekte Übersetzung vertraglicher oder sonstiger juristischer Texte die Richtigkeit der Wiedergabe der Terminologie in den verschiedenen Fassungen die entscheidende Rolle. Das ist nicht überraschend, wird doch weithin der lediglich „informative“ und nicht „appellative“ Charakter juristischer Texte betont.¹ So sieht z.B. auch Fluck (1976, S. 78) als funktionales Ziel von Verträgen und Gesetzgebung die „Festlegung von Inhalten“ in einer Form, die als „kodifizierende Formel“ beschrieben wird. Allerdings wird an derselben Stelle betont, daß solcherart „normative Texte“ entstünden. Eine Betrachtung normativer Texte aber, die nicht darauf Rücksicht nimmt, daß Normen nicht so sehr Informationen über bestimmte Tatbestände sind als vielmehr Anweisungen, die Wirklichkeit in bestimmter Weise strukturiert zu sehen, erscheint einigermaßen naiv und daher für die Beurteilung der Übersetzung solcher Texte nicht als ausreichend. Denn - bezogen auf beliebige Gesetzestexte - erst im lesenden „Dialog“ mit dem Rezipienten, d.h. zumeist dem Juristen, der dann dem Nicht-Fachspracher die Folgen der ausgedrückten Normen klarzumachen hat, bekommt der Text seine Bedeutung, und zwar nicht so sehr die, daß er etwas Neues über die Wirklichkeit erfahren würde, sondern, daß er weiß, welche Handlungsfolgen in als Tatbestand beschriebenen Wirklichkeitsausschnitten angeraten oder nicht empfehlenswert sind bzw. auch welche Sanktionen ggf. mit der Verfehlung der Textintention verbunden wären.

Diese Aussagen gelten nun natürlich für unterschiedliche Textsorten innerhalb der juristischen Fachsprache bzw. Kommunikation in unterschiedlicher Weise, deutlich ist aber, daß mit der Festlegung einer analogen Terminologie das Problem noch nicht gelöst ist.

Das soll im folgenden am Beispiel umstrittener Textteile aus dem von L. Weisgerber zu Beginn der 60er Jahre ausführlich analysierten Südtirol-Abkommen von 1946 weiter diskutiert werden. Daran wird sich zeigen lassen, daß nicht die Schaffung der Terminologie als eines sprachlichen Zeichens das eigentliche Problem ist. Und so wird auch in Weisgerbers bezeichnenderweise „Übersetzungsfehler im Südtirol-Konflikt“ betitelter Arbeit deutlich, daß die

Adäquatheit der sprachlichen Wiedergabe, damit u.a. auch der Terminologie nicht so sehr ein Problem der sprachlichen Struktur, sondern einerseits der akuten Deutung der Wirklichkeit und andererseits der in den unterschiedlichen Sprachen unterschiedlichen Tradition juristischen Sprechens ist.

2. Das kommunikative Modell

Infolgedessen setzt ein Konzept, das mit der „richtigen“ Übertragung der Terminologie das Problem im wesentlichen für bereinigt hält, eine zu einfache Struktur der mehrsprachigen juristischen Kommunikation voraus. Man könnte dieses vereinfachte Modell als eine unkritische Anwendung der Griceschen Konversationspostulate auf eine dafür ungeeignete Kommunikationsstruktur ansehen. Denn in direkter Anwendung passen diese Postulate ja wohl nur auf die relativ wenig durch Machtstrukturen geprägte Alltagskommunikation. Für das Übersetzen juristischer Texte könnten zwei dieser vieldiskutierten Maximen einschlägig sein, nämlich „the principle of RELATION (...), cited simply as be relevant“ und „the principle of MANNER“ mit seinen Einzelanforderungen „(1) ,be perspicuous‘, (2) ,avoid obscurity of expression‘, (3) ,avoid ambiguity‘“ (Beaugrande 1980:245). Im Falle zumindest bestimmter Textsorten innerhalb der juristischen Kommunikation sind beide Anforderungen zu modifizieren.

Dabei spielen zwei Punkte die entscheidende Rolle:

1. Weder die Tatbestände noch die Normen, die uns in juristischen Texten vor Augen treten, sind natürlich gegebene Einheiten, vielmehr werden sie in der „einzelsprachlichen“² Terminologisierung konstituiert. Hierin liegt auch die kommunikativ kritische Distanz und Nähe der juristischen Begrifflichkeit zu entsprechenden gemeinsprachlichen Formen. Denn - um es gleich auf das Südtiroler Beispiel zu wenden - wenn deutsche Fassungen zu italienischen oder auch anderen juristischen „Originalen“, d.h. den gültigen Texten, verfertigt werden, können entweder terminologische Regelungen aus der deutschsprachigen juristischen Tradition - also im wesentlichen solche österreichischer oder bundesrepublikanischer Provenienz - übernommen werden, was zu Diskrepanzen aufgrund der verschiedenen Rechtssysteme führen kann. Oder es können neue deutsche Entsprechungen gesucht oder geprägt werden, deren Terminologiecharakter angesichts bereits existenter Traditionen unabhängig vom fremdsprachlichen Vorbild nur schwer zu sichern sein dürfte.
2. Zum anderen ist das Terminologieproblem nur die eine Seite der anstehen-

den Schwierigkeiten. Denn die als Objekt der juristischen Regelung herausgelösten Wirklichkeitsausschnitte kommen auch zusammen mit nicht juristisch terminologisierten Elementen in den juristischen Texten vor. In unserem Zusammenhang sind hier insbesondere Texte bedeutsam, die in irgendeiner Form die Mehrsprachigkeit Südtirols thematisieren. Hier wird auch in nicht-terminologisierten Teilen der Sachverhalt in der bei der jeweiligen Sprachgruppe üblichen Weise sprachlich gefaßt - bzw. eine andere Fassung kritisiert. Was kann in diesem Fall eine adäquate Übersetzung sein, worauf bezieht sich in diesem Fall ein sinnvoller Anspruch kommunikativer Äquivalenz der Übersetzung? Wenn man als anzustrebende Wirkung juristischer Kommunikation die gleichmäßige Durchsetzung der faktischen Vorschriften der Verträge, Gesetze usw. ansieht und zudem annimmt, daß dieses Ziel am besten zu erreichen ist, wenn der zu regelnde Tatbestand jeder der beteiligten Sprachgruppen in der Weise präsentiert wird, die der eigenen Interpretation der Verhältnisse entspricht, erhebt sich die Frage, ob das Ergebnis solcher Bemühungen nicht eigentlich eher ein anderssprachiger Kommentar als eine Übersetzung ist.³

Bei Vertragstexten des von uns behandelten Typs scheint nun diese Diskrepanz in einer besonderen Weise genutzt zu werden, in einer Weise, die man als den Versuch ansehen könnte, den Folgerungen der Nichterfüllung der oben angesprochenen Konversationspostulate zu entkommen. Das muß allerdings nicht nur so negativ formuliert werden. Es handelt sich vielmehr beim Aushandeln solcher Formulierungen um einen Typ strategischer Interaktion, bei dem - wohl durchaus bewußt - Diskrepanzen und Ambiguitäten in der sprachlichen Fassung zum Finden politischer Kompromisse genutzt werden. Das heißt z.B. man übersetzt so, daß bei gleicher Extension jeweils der entsprechenden Sprachgruppe unliebsame Bedeutungsfaktoren beiseitegelassen und umgekehrt Begriffe gewählt werden, die dem eigenen Relevanzbedürfnis entsprechen.

Die Kombinationen der genannten beiden Faktoren:

1. Problematik einer deutschsprachigen juristischen Terminologie innerhalb des italienisch geprägten Rechtssystems.
2. Interessegeleitete Darstellung der jeweiligen Weltsachverhalte.

Das hiermit abstrakt benannte Dilemma für eine Übersetzung juristischer Texte in der realen Situation Südtirols soll nun an einem Beispiel aus dem sogenannten Gruber-de Gasperi-Abkommen, das Weisgerber als Beleg für fehlerhafte Übersetzung dieses Abkommens nimmt, konkretisiert werden.

Dabei wird im Hinblick auf die Weisgerbersche Übersetzungskritik zu konstatieren sein, daß seine Kennzeichnung als Übersetzungsfehler in diesem wie in anderen Fällen politisch offenbar gewollte Diskrepanzen betrifft: die Diskussion geht dann eigentlich nicht um Übersetzungsfragen, sondern um die Richtigkeit der politischen Position. Das gehört nun aber eigentlich nicht zum Diskurs der Übersetzungskritik, sondern zum politisch-ideologischen Diskurs, dessen Berechtigung nicht zu bestreiten ist, der aber doch von der Frage der Richtigkeit von Übersetzungen methodisch zu trennen ist.

Zuvor aber soll dasselbe Phänomen noch an einem besonders deutlichen Fall, der Benennung der deutschen Sprachgruppe im Mussolini-Hitler-Abkommen von 1939, aufgezeigt werden.

3. Beispiele

3.1 Allogeni vs. Volksdeutsche

Cl. Lüsebrink (1984)⁵ hat für die Zeit seit der Zugehörigkeit Südtirols zu Italien bis heute nachgezeichnet, daß und wie die beiden beteiligten großen Sprachgruppen⁶ auch in den Bezeichnungen für die eigene und die jeweils andere Gruppe ihr politisches Selbstverständnis und ihre politischen Ansprüche dargestellt haben und darstellen.

In diesem Zusammenhang ist für uns ein Benennungspaar interessant, das innerhalb desselben Vertrags in einer Weise auftaucht, daß die Bezeichnungen als Übersetzungen voneinander zu betrachten sind. Der Text, um den es geht, ist der Hitler-Mussolini-Pakt von 1939. Die Tatbestandsbeschreibung für die Südtiroler Verhältnisse verspricht hier schon aus dem Grund interessant zu werden, als hier zwei im Prinzip offensive nationalistische Positionen aufeinander treffen. Mit Hinblick auf die von dem Vertrag betroffene Gruppe der deutschsprachigen Südtiroler findet sich die folgende Benennungsdublette. Wo dieser Pakt (vom 23. Juni 1939) in der italienischen Fassung von *Allogeni* spricht, wenn von der deutschen Sprachgruppe die Rede ist, redet die deutsche Fassung von *Volksdeutschen*. Bei gleicher Extension betont die italienische Fassung das Eigentlich-Nicht-Hergehören der Deutschen,⁷ während die deutsche Variante die Zugehörigkeit zu einem „deutschen Volk“ betont. Sofern diese beiden Benennungen analoge Plätze in den beiden Vertragsfassungen einnehmen, können sie als so etwas wie Übersetzungen voneinander angesehen werden. Sie dienen damit in dem Sinn zur Bildung kommunikativ äquivalenter Teiltexte, daß sie dazu beitragen, die Beschreibung der Tatbestände im Sinn

zumindest der hier politisch Handelnden der beiden Staaten, die durch ihre Staatssprache repräsentiert sind, auszugestalten. Und so handelt es sich bei der Wahl dieser Bezeichnungen mit so unterschiedlichen konnotativen, aber auch denotativen Merkmalen für dieselbe Gruppe von Personen natürlich auf keinen Fall auch nur um so etwas Ähnliches wie einen Übersetzungsfehler. Vielmehr ist die Aufnahme dieser Begriffe als Buchstabe gewordener politischer Kompromiß zu verstehen. Das geht hier recht einfach, da die Implikationen der Benennungen - salopp gesprochen: *allogeni* „raus aus Italien“; Volksdeutsche „heim ins Reich“ - beide der Richtung des gemeinsamen Handlungsziels entsprechen: es soll ja die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Mitglieder der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols ins Deutsche Reich auswandern können. Der Kompromiß funktioniert aber auch nur, da in diesem Falle nicht, wie sonst zumeist, mit der Klassifikation als „volksdeutsch“ die territoriale Einverleibung angestrebt wird.⁸ Wir wollen hier weder dieses Vorgehen bewerten, noch gar die konkrete politische Aktion gutheißen. Offenkundig ist aber, daß ein solcher zweisprachiger Vertrag Stellen hat, wo weder eine auf die Begriffsrichtigkeit zielende Übersetzungskritik, noch ein Vergleich nach der kommunikativen Äquivalenz eine hinreichende Erklärung liefern. Nur die Kenntnis beider Textfassungen erlaubt es hier, die gesamte Wirklichkeit des Textes zu erkennen.

3.2 within the framework of special provisions vs. im Rahmen besonderer Maßnahmen oder im Ganzen des Grundgerüsts besonderer Bestimmungen

Nicht zuletzt die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges sind nun der Grund für die terminologischen Diskrepanzen - u.d.h. die offenbar nur schwer überwindlichen Unterschiede in der sachlichen Einschätzung - bei dem Versuch zur Regelung des Südtirolproblems innerhalb Nachkriegsitaliens. Dazu seien im folgenden zwei Kritikpunkte Weisgerbers an der Übersetzung des Pariser Vertrags aufgenommen, und es sei gezeigt, daß es sich bei Weisgerbers Monita im wesentlichen um etwas anderes als die von ihm festgestellten „Übersetzungsfehler“ handelt.

Ausführlich kritisiert L. Weisgerber in beiden einschlägigen Publikationen die Übersetzung von *within the framework of special provisions*, innerhalb dessen die *complete parity of rights* gesichert werden soll.

Hier ist eine Reihe wichtiger Begriffe zu klären, wie allein schon die deutsche Übersetzung zeigt: framework ist nicht gleich Rahmen, provisions sind nicht Maßnahmen, und within ist nicht einfach in. (Weisgerber 1961a:52).

Damit sei die deutsche Übersetzung *im Rahmen besonderer Maßnahmen* in allen Punkten falsch. Tatsächlich handelt es sich aber bei dieser als Übersetzungskritik auftretenden Äußerung um einen politischen Diskurs, der das möglicherweise interpretierbare englische Original in seinem Sinne vereinheitlicht haben möchte. Wie kommt Weisgerber zu seinem Verbesserungsvorschlag *im Ganzen des Grundgerüsts besonderer Bestimmungen*?

Zunächst zum unmittelbar einleuchtenden Kritikpunkt:

provisions sind keine (konkreten) Maßnahmen, sondern (geltende) Bestimmungen (allenfalls Maßregeln) oder noch richtiger Vorkehrungen; ein framework of special provisions ist also ein Grundgerüst von besonderen gesetzlichen Vorkehrungen (allenfalls Bestimmungen), mit denen die complete equality of rights aufgebaut wird. (Weisgerber 1961a:52 - 53).

Tatsächlich sind *provisions* nach Ausweis üblicher englischer Wörterbücher allenfalls die Voraussetzungen für bestimmte *Maßnahmen*, also *Bestimmungen*, *Vorkehrungen*, *Vorschriften*, ja womöglich konkret *Verordnungen*.⁹ Dabei scheint *Bestimmungen* der Begriff mittleren Abstraktionsgrades zwischen abstrakten *leitenden Prinzipien* und andererseits konkreten *Verordnungen* oder *Vorschriften* zu sein, der dem Abstraktionsgrad als Vertragstext, der an dieser Stelle zwar nicht in präambulöser Unverbindlichkeit verbleiben möchte, aber doch auch nicht in die Einzelheiten der Form der Regelung gehen kann, am ehesten nahekommt. Und da *Bestimmungen* mehr zur Folge haben können als konkrete *Maßnahmen*, ist es als Übersetzungsäquivalent, was die Funktion des Gesamttextes und der Passage innerhalb des Textes angeht, sicherlich angemessener. *Vorkehrungen* scheint demgegenüber eine Spur abstrakter zu sein, im übrigen scheint Weisgerbers angemeldete Präferenz für dieses Wort mit seinem dezidiert umfassenden Verständnis von *Rechtsgleichheit* zusammenzuhängen.¹⁰)

Wesentlich kritischer sind Weisgerbers weitere Anmerkungen zu dieser Phrase, insbesondere, was die Übertragung von *within the framework of* angeht. Deutlich wird hierbei nicht nur die Tendenz, im Sinn einer bestimmten politischen Meinung zu vereindeutigen, sondern auch ein für die inhaltbezogene Grammatik insgesamt nicht untypischer Hang zum „Jargon der Eigentlichkeit“.

(...) halten wir fest, daß hier framework deutlich ein Grundgerüst gesetzlicher Bestimmungen meint, in dem die complete equality of

rights aufgebaut wird. Für alles, was mit *frame* und erst recht *framework* zusammenhängt, ist dieser Gedanke des tragenden Gerüsts, der nicht nur für das Technische, sondern auch für das Geistige gilt, entscheidend (...); in diesem Grundgerüst finden dann die füllenden Teile ihren Platz und Halt. Dem muß auch die Übersetzung Rechnung tragen mit einem Wort, das die tragende Funktion in einer technischen oder geistigen Konstruktion heraushebt. Deutsch **Rahmen** ist dafür wenig geeignet, da es mehr auf die äußere Fassung als auf die Tragkraft eines Gerüsts geht; erst recht ist die Formel **im Rahmen** unzutreffend, da sie oft ganz abgeblaßt verwendet wird (**im Rahmen** würde schon durch **within** allein getragen, wobei dann das entscheidende *framework* ganz unter den Tisch fällt). Die deutsche Übersetzung muß in der Nähe von **Grundgerüst** bleiben, wobei im Deutschen für ein geistiges (hier gesetzliches) Grundgerüst Wendungen wie **Grund- oder Kernbestand** am treffendsten sind (a.a.O.:52).¹¹

In Anbetracht entsprechender Einträge in üblichen deutschen und englischen Wörterbüchern scheinen diese Schlußfolgerungen allenfalls eine, und bei weitem nicht die naheliegendste Interpretation darzustellen. Dazu seien die Angaben zu *frame* und *framework* des *Langenscheidt-Longman Dictionary of Contemporary English* (1978:445 und 446) und zu *Rahmen* im Duden-Wörterbuch (1980:2091) einander gegenübergestellt:

frame 1 the main support over and around which something is stretched or built: *In some parts of the world small boats are made of skins stretched over a wooden frame* 2 the hard solid parts which are fitted together to make something: *a bicycle frame/This old bed has an iron frame* (...) 3 (the form or shape of) a human or animal body: *a man with a powerful frame/Such hardships are more than the human frame can bear* 4 a firm border or case into which something is fitted or set, or which holds something in place: *In a silver frame on the table there was a photograph of his son* (...)

framework (...) 1a supporting frame; **STRUCTURE**: *In modern times most ships have a metal framework; formerly they were made of wood* 2 a plan or system: *the framework of modern government* 3 **FRAME OF REFERENCE**: *We usually judge others within the framework of our own experience.*

Rahmen [-], der; -s, - [mhd. *rame*, ahd. *rama* = Stütze, Gestell, Webrahmen, Säule 1. a) < Vkl. Rähmchen > viereckige, runde: od. ovale

Einfassung für Bilder o.ä.: ein einfacher, goldener, kostbarer R.; der dunkle R. paßt nicht zu dem Aquarell; die Fotografie aus dem R. nehmen; das Gemälde aus dem R. schneiden; an den Wänden hingen große Spiegel in schweren R.; Ü Hatte die ... klassische politische Ökonomie ... den R. für ein düsteres Bild vom Kapitalismus geliefert (Fraenkel, Staat 190); *b) in eine Tür-, Fensteröffnung genau eingepaßter, relativ schmaler Teil, an dem [seitlich] die Tür, das Fenster beweglich befestigt ist*: ein R. aus Holz, Metall, Kunststoff; sie stand im R. der Schlafzimmertür; *c) <Vkl. Rähmchen> Gestell zum Einspannen von Stoff, Fäden o.ä.*: ein mit feiner Seide bespannter R.; die Leinwand sitzt zu locker im R. 2. *a) (Technik) tragender od. stützender Unterbau eines Kraftfahrzeugs, einer Maschine o.ä.*: der R. des Autos ist bei dem Unfall beschädigt worden, hat sich verzogen; ein Wagen mit einem stabilen R.; *b) kurz für ↑ Fahrradrahmen*. 3. *<o.Pl.> a) etw., was einer Sache ein bestimmtes [äußeres] Gepräge gibt*: der Feier einen großen, würdigen, angemessenen, intimen R. geben; etw. in den sozialen R. der Gesellschaft einordnen; **aus dem R. fallen (stark von bestimmten Normen o.ä. abweichen)*: ihr Benehmen, die Rede fiel ganz, völlig aus dem R.; *nicht in den R. passen (bestimmten Normen o.ä. nicht entsprechen)*; *b) etw., was in allgemeiner Weise einen bestimmten Bereich umfaßt u. ihn von anderen abgrenzt*: damit würde der begriffliche R. sehr weit gespannt (Fraenkel, Staat 35); den R. für die neue Verfassung abgeben, abstecken; **im R. (1. im Bereich; innerhalb: etw. im R. des Möglichen, der geltenden Gesetze tun; dieses Problem läßt sich im R. dieser kurzen Darstellung nicht vollständig erörtern; 2. im Zusammenhang: im gegebenen, überkommenen R.; sein Verhalten läßt sich nur im R. seiner Entwicklung verstehen. 3. im Verlauf: im R. unserer Veranstaltung werden wir noch einige artistische Darbietungen bringen); c) etw., was im Hinblick auf sein Ausmaß, seinen Umfang beschränkt ist u. eine bestimmte Grenze nicht überschreitet*: einen zeitlichen R. setzen; das Militär, ... das außenpolitisch nur in sehr begrenztem R. nützen kann (Fraenkel, Staat 196); **im R. bleiben (nicht über ein bestimmtes Maß hinausgehen; nicht übertreiben)*: du solltest immer im R. bleiben!; *etw. im R. halten (etw. in seinem Ausmaß in bestimmter Weise begrenzen)*: Honorare im R. halten; *den R. sprengen (bei weitem über das Übliche hinausgehen)*. 4. (Literaturw.) *Erzählung, die innerhalb eines Werkes eine od. mehrere andere Erzählungen umschließt*.

Nach den Angaben dieser Wörterbücher treffen sich *frame* und *Rahmen*, abgesehen von im einzelnen leicht unterschiedlichen lexikalischen Solidaritäten in allen einschlägigen Verwendungen, lediglich die englische Variante 3, die deutsch *Statur*, *Körper* u.ä. entsprechen würde, hat im Deutschen keine Entsprechung, andererseits ist die deutsche Bedeutung 3.a nicht in den Verwendungen von engl. *frame* enthalten. Dt. *Rahmen* wird zudem im Sinn von *framework* 3 und z.T. wohl auch 1 verwendet. Die Unterschiede sind auf jeden Fall nicht so grundsätzlich, wie nach Weisgerbers Ausführungen anzunehmen. Ob zudem der Beleg im vorliegenden Text nach der Bedeutung 2 von *framework* zu verstehen wäre, was allenfalls im Sinne von Weisgerbers Argumentation sein könnte, ist mehr als fraglich. Und das insbesondere in Anbetracht der Tatsache, daß sowohl in der Verwendung *framework* 3 nicht zufällig die Konstruktion *within the framework* auftritt, die hier durchaus unserem *im Rahmen von* entspricht, als auch verschiedene eher praktisch orientierte Wörterbücher eben diese idiomatische Wendung als solche und ihre Äquivalenz zu *im Rahmen von* angeben. Durch die Angaben der Wörterbücher wird also gerade der Schluß nahegelegt, den Weisgerber nicht ziehen will: das „abgeblaßte“ *im Rahmen von* ist die naheliegendste, da unmarkierteste Wiedergabe der englischen Originalformulierung. Wie auch immer man die sprachliche Frage genau beurteilen will - von der Frage fachsprachlicher Vorgaben etwa haben wir noch gar nicht gesprochen - schon die Art ihres Einbezugs zeigt, daß die Intention der Argumentation keine übersetzungskritische, sondern eine politische ist: wenn Weisgerber statt *im Rahmen besonderer Bestimmungen*¹² eine Übersetzung *im Ganzen des Grundgerüsts besonderer Bestimmungen*¹³ vorschlägt, so soll hier eine von der sprachlichen Form, um das mindeste zu sagen, zumindest nicht unbedingt nahegelegte Übersetzung die eigene politische Position klar manifestieren. D.h. wir befinden uns in einem politischen Diskurs, was ja nicht verboten ist, bei dem man sich aber vor Augen halten muß, daß er etwas anderes will als ein wohlverständener übersetzungskritischer Diskurs. Gleicherweise gibt die Art der Argumentation einen Hinweis auf die Funktion von Übersetzungen von Vertragstexten, die mit dem üblichen Verständnis der Vermittlung derselben Information in verschiedenen Sprachgemeinschaften nicht verträglich ist, die vielmehr den Niederschlag von appellativen und Symptom-Elementen im Rahmen der durch die Verhandlungssituation gegebenen Umstände der Kommunikation darstellt. In diesem Fall scheint es nämlich ganz eindeutig so zu sein, daß im englischen Originaltext Kompromisse kodiert sind, deren analoge Wiedergaben - d.h. die Wiedergabe auch als Kompromiß - Weisgerber im wesentlichen kritisiert; er schlägt statt-

dessen Formulierungen vor, die seiner eigenen politischen Position näher kommen. Ob, wie Weisgerber meint, *Rechtsgleichheit im Ganzen der Grundzüge besonderer Bestimmungen* zu sichern ist, d.h. praktisch, daß die besonderen Bestimmungen nur ein grundsätzlicher Rahmen (!) sind, innerhalb dessen dann die Rechtsgleichheit erst auszufüllen sei, oder ob *Gleichberechtigung im Rahmen besonderer Bestimmungen* zu sichern ist, d.h. im anderen Extrem, die besonderen Bestimmungen allein die Gleichberechtigung sichern, ist ein politischer Gegensatz, der möglicherweise im englischen Kompromiß etwas versteckt bleibt. Die vagen Stellen der Originalvorlage werden dann von den unterschiedlichen politischen Seiten auch unterschiedlich gedeutet. Daß damit, wie Weisgerber (1961b:14) meint, „*framework* unzweifelhaft einen Grundbestand von besonderen Bestimmungen, also eine gesetzliche Charta“ beschreibt, scheint von der sprachlichen Formulierung her wohl nicht einmal die wahrscheinlichste Variante zu sein. Das gilt allerdings ebenso für andere Interpretationen, die Buchstaben und Sinn einer Bestimmung in ihrem Sinne kurzzuschalten versuchen. So z.B. die andere oben angegebene Interpretation, denn soweit ist wohl eher Weisgerber zu folgen, daß *im Rahmen der Bestimmungen* eher impliziert, daß die besonderen Bestimmungen zwar zur Gleichberechtigung beitragen, aber durch sich selbst *und* als Rahmen, der eine sinngemäße Anwendung anderer Gesetze usw. mit umfaßt: d.h. es ist wohl nicht an eine kasuistische Regelung von einzelnen Problemen gedacht. Ein Vorschreiben so genau bis in die Form der Regelungsart hinein paßt auch eigentlich nicht zum relativen Abstraktheitsgrad eines Vertragstextes. Im Rahmen des so sichtbar werdenden Interessengegensatzes zwischen den Vertragspartnern läßt sich der Schluß ziehen, daß hier die Mehrsprachigkeit der ganzen Abläufe und die unterschiedliche rechtliche Geltung der verschiedenen Fassungen zur Kompromißfindung genutzt werden. Im rechtsgültigen englischen Text ist soviel Ambiguitätsspielraum enthalten, daß beide beteiligten Seiten ihre Interpretation der Lage darin finden und ggf. in der italienischen und deutschen Fassung deutlich machen können. Daß das in der vorliegenden deutschen Fassung nicht geschehen ist, ist der eigentliche Kritikpunkt Weisgerbers: wir kritisieren daran, daß sein Reden von „Übersetzungsfehlern“ seine Kritik nicht in den richtigen Diskurs stellt.

Diese Zusammenhänge sollten auch klarmachen, daß die Betrachtung dieses Textes unter dem Gesichtspunkt der informativen, d.h. Bühlersch der Darstellungsfunktion den Handlungszusammenhang, in dem er steht, um eine entscheidende Dimension verkürzt. Interessant ist ja hier nicht so sehr die Information, wie die Verfasser des Texts das Verhältnis von *equality of rights* und

special provisions sehen, sondern die *Instruktion*,¹⁴ die dieser Text gibt, geht wesentlich weiter: wesentlich ist ja, welche praktischen Schritte einzuleiten sind, um den gewünschten Weltzustand herbeizuführen. Damit ist die Beschreibung des gewünschten Zustandes nur von dem implizierten Appell her zu verstehen und damit eine Modellierung angemessen, die es, wie in Annäherung das Bühlersche Organonmodell, erlaubt, die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Funktionen des Texts darzustellen. Dabei ist offenkundig, daß sich die verschiedenen Funktionen nicht ausschließen, so daß eine Etikettierung als informativer oder appellativer Text eine Verkürzung darstellt. Wenn man bei unserem Beispiel zudem den verschiedenen rechtlichen Status der unterschiedlichen Fassungen in Rechnung stellt - die englische Fassung ist der verbindliche Vertragstext, die italienische Fassung hat innerhalb Italiens Gesetzeskraft, die deutsche hat keinen offiziellen Status - so stellt sich zudem die Frage, inwieweit das, was Weisgerbers Vorschläge als Appell einbringen möchten, aufgrund der rechtlichen „Unwirksamkeit“ nicht eher im Sinne der Ausdrucksfunktion, also als Symptom, rezipiert wird.

3.3 Gleichstellung der Sprachen oder *uso su di una base di parità*

Diese weitere Stelle, die sich ähnlich interpretieren ließe wie das Beispiel in 3.2, soll unter Hinweis auf Weisgerbers in diesem Fall wohl unproblematische ausführliche Behandlung nur kurz angesprochen werden. Es geht um die Stelle, wo die Gleichstellung der Amtssprachen in folgender Weise festgeschrieben wird:

parification of the German and Italian language

Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache

uso, su di una base di parità, della lingua tedesca e della lingua italiana

Die interessegeleitete Darstellung zeigt sich hier u.a. in der deutlichen Diskrepanz zwischen der englischen Formulierung und der italienischen „Übersetzung“. Warum ist hier so formuliert und warum so übersetzt?

Weisgerber (1961a:58 ff.) argumentiert überzeugend, daß das Lexem *parification* ein im normalen Englischen nicht vorhandenes Wort ist, das in Anlehnung an italienisch *parificazione* gewählt wurde. *Parificazione* wird für das Verhältnis des Italienischen und Französischen im Aostatal verwendet, die Wiedergabe als deutsch *Gleichstellung* scheint vor diesem Hintergrund wenig auffällig. Auffällig ist allerdings, wenn die italienische Fassung - mit der französischen und russischen - auf die oben genannte Paraphrase übergeht. Man geht sicherlich nicht fehl in der Interpretation, wenn man in diesen Formulie-

rungen eine Abschwächung und in gewissem Sinn Entterminologisierung sieht, mit dem Ziel, die Sonderstellung der Staatssprache klar(er) zu machen. Auch hier geht es also nicht um die Frage einer angemessenen Übertragung, sondern um die Frage, warum eine Formel gewählt wird, die den im Original angedeuteten Kompromiß aufzusprengen droht. Unklar bleibt allerdings in dieser Deutung, wie dann der Kompromiß auf *parification* erreicht werden konnte.¹⁵

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. z.B. die Beiträge zur Rechtssprache in: Der öffentliche Sprachgebrauch, Bd. 2 (S. 100 - 169).

² Damit soll natürlich eine z.T. gemeinsame Tradition und z.T. Parallelität zwischen einzel-sprachlichen Fassungen nicht bestritten werden.

³ Vgl. zur Diskussion unter diesem Begriff Reiß/Vermeer (1984) und Koller (1983), s. auch Eichinger (1981).

⁴ Sie sind zudem wohl auch die Ursache der erschreckend vielen tatsächlich vorhandenen Übersetzungsfehler in dem Südtirol betreffenden juristischen Text, die z.B. Drumbl und Soffritti auf der in diesem Band dokumentierten Tagung aufgewiesen haben.

⁵ Der zitierte Aufsatz ging aus der Arbeit an einem von der DFG finanzierten Forschungsprojekt zur vergleichenden Untersuchung von Sprachminderheiten in Mitteleuropa an der Universität Bayreuth, das seit 1982 läuft, hervor. Auch der Verf. dieses Beitrages ist an diesem Projekt beteiligt.

⁶ Von den Ladinern sei der Einfachheit halber einmal abgesehen.

⁷ Vgl. Cl. Lüsebrink (1984:195 - 196).

⁸ Bedingt wohl durch eine frühzeitige Festlegung Hitlers von 1926, s. C. Lüsebrink (1984:146).

⁹ Die leicht obsolete *Maßregel* scheint kaum geeignet, neu terminologisiert zu werden.

¹⁰ Vgl. Weisgerber (1961a:51 - 52) (1961b:10 - 11).

¹¹ Entsprechend zu *frame*; s. Weisgerber (1961a:65) (1961b:14 - 15).

¹² Das tatsächlich kritisierbare *Maßnahmen* (s.o.) wurde durch *Bestimmungen* ersetzt.

¹³ Teil der angesprochenen inhaltbezogenen Überdeutung ist auch die Übertragung *within* = *im Ganzen*; s. Weisgerber (1961a:53).

¹⁴ Zum Konzept der Instruktionslinguistik s. Weinrich 1976, *passim*.

¹⁵ Ein weiterer einschlägiger Fall wäre die Diskussion der Übertragung von *frame*, auf die oben in Anm. 11 bereits hingewiesen wurde.

BIBLIOGRAPHIE

- DE BEAUGRANDE, R. (1980), *Text, Discourse, and Process. Toward a Multidisciplinary Science of Texts*. London.
- Dt. Akademie für Sprache und Dichtung Hg. (1981), *Der öffentliche Sprachgebrauch. Band II: Die Sprache des Rechts und der Verwaltung*, bearbeitet von Ingulf Radtke, Stuttgart.
- EICHINGER, L.M. (1981), Rezension von G. Toury (1980), *In search of a theory of translation*. Tel Aviv. In: *Komparatistische Hefte* 4, 124 - 125.
- FLUCK, H.-R. (1976), *Fachsprachen. Einführung und Bibliographie*. München.
- GOFFMAN, E. (1980), *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*, Frankfurt/M.
- KOLLER, W. (1983), *Einführung in die Übersetzungswissenschaft*. Heidelberg.
- LÜSEBRINK, CL. (1984), *La loi en dérive devant son objet. Aspects lexicographiques du problème de la protection juridique d'une minorité*. In: *Mots* n. 9, 191 - 207.
- REISS, K./H. J. VERMEER (1984), *Grundlegung einer allgemeinen Translationstheorie*. Tübingen (= LA 147).
- WEISGERBER, L. (1961a), *Vertragstexte als sprachliche Aufgabe. Formulierungs-, Auslegungs- und Übersetzungsprobleme des Südtirol-Abkommens von 1946*. Bonn.
- WEISGERBER, L. (1961b), *Übersetzungsfehler im Südtirol-Konflikt*. Innsbruck.
- WEINRICH, H. (1976), *Sprache in Texten*, Stuttgart.

WÖRTERBÜCHER

- DUDEN. *Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in sechs Bänden*, Bd. 5: O-So, Mannheim usw. 1980.
- Procter, P. Hg., *Dictionary of Contemporary English*. London/München 1978.
- Weis, E. Hg., *Pons Kompaktwörterbuch Englisch-Deutsch/Deutsch-Englisch*. Stuttgart 1982.